

Einer, der das Glas eher voll sieht

AUSTAUSCH Erster Besuch in Schliengen: Der neue Regierungspräsident Carsten Gabbert kam im Rahmen eines Sommerempfangs des Deutschen Wirtschaftsrates in das Weingut Büchin. Und erläuterte seine Sicht zu aktuellen Themen.



Carsten Gabbert bei seinem Vortrag in Schliengen

FOTO: ALEXANDER HUBER

Von Alexander Huber

SCHLIENGEN Wenn ein CDU-naher Unternehmerverband mit recht deutlicher wirtschaftsliberaler Ausrichtung auf einen Spitzenbeamten des Landes trifft, der den Grünen angehört, dann spricht das für eine durchaus interessante Konstellation. Doch auch wenn am Dienstagabend auf der Terrasse des Weinguts Büchin unterschiedliche Sichtweisen zutage traten, blieb es beim freundlichen Austausch ohne auffällige Kontroversen. Von allen Seiten wurde betont, wie wichtig es sei, auch bei unterschiedlichen Ansichten im Gespräch zu bleiben. Oder wie es

der Hauptgast, Regierungspräsident Carsten Gabbert, formulierte: „Vom miteinander schwätze ist noch keiner dümmer geworden.“

Der Wirtschaftsrat Deutschland der CDU führt als eingetragener Verein zwar die Christdemokraten in der offiziellen Bezeichnung, ist aber keine Organisation der Partei, seine Mitglieder müssen auch nicht Mitglied der CDU sein. 1963 gegründet, hat der Verband bundesweit rund 12.000 Mitglieder – der Sektion Lörrach-Müllheim-Bad Krozingen, die zum Sommerempfang nach Schliengen geladen hat, gehören etwa 60 Mitglieder an. Der Wirtschaftsrat fühlt sich nach eigenen Angaben den Prinzipien einer Sozialen Marktwirtschaft im Sinne Ludwig Erhards verpflichtet. Als unternehmerischer Berufsverband versucht er, die Interessen seiner Mitglieder in die Politik zu tragen.

In diesem Sinne war auch das Grußwort Michael Böhlers, Sprecher der Sektion Lörrach-Müllheim-Bad Krozingen, zu verstehen, der erklärte, man trete für einen Sozialstaat ein, „in dem sich Leistung wieder lohnt“. An die Politik richtete Böhler eine ganze Reihe von Wünschen, darunter eine bessere Ausstattung der Schulen, weniger Bürokratie und schnellere Verfahren beim Übergang von Migranten in den deutschen Arbeitsmarkt, eine bessere ärztliche Versorgung und einen stärkeren Ausbau des ÖPNV im ländlichen Raum.

Damit waren auch schon ein paar Stichworte gefallen, auf die Carsten Gabbert in seinem Impulsvortrag, wenn auch nur schlaglichtartig, einging. Gabbert ist seit 1. April dieses Jahres als Nachfolger von Bärbel Schäfer im Amt des Regierungspräsidenten für den Regierungsbezirk Freiburg. Der 51-Jährige hat eine bewegte Laufbahn hinter sich, die ihn sowohl in die freie Wirtschaft als auch in die öffentliche Verwaltung führte. Unter anderem war er 16 Jahre lang Bürgermeister von Schuttertal in der Ortenau, was den am Dienstagabend ebenfalls anwesenden Bürgermeister von Schliengen, Christian Renkert, mit der Hoffnung erfüllte, Gabbert werde als Regierungspräsident auch durch die kommunale Brille schauen.

Den eher auf Defizite ausgerichteten Grußworten von Michael Böhler versuchte Carsten Gabbert eine zuversichtlicheren Grundton entgegenzustellen, wenngleich er mehrfach betonte, dass er nichts beschönigen wolle und auf politischer Ebene eine ganze Reihe wichtiger Aufgaben anzugehen sei. Dennoch, so Gabbert, können

man das Glas ja immer sowohl als halb leer oder aber als halb voll wahrnehmen. Und er tendiere zu Letzterem. Deutschland stünde im internationalen Vergleich nach wie vor sehr gut da – sei besser als viele andere Länder durch die Pandemie gekommen und habe sich auch den Herausforderungen durch den Krieg in der Ukraine, etwa bei der Energieversorgung, besser gestellt als von vielen befürchtet.

Der neue Regierungspräsident machte seine differenzierte Sichtweise vor allem beim Thema Bürokratie anschaulich. Dass die zu ausufernd sei, darin seien sich ja so gut wie alle einig. „Und das macht mich dann schon wieder etwas nachdenklich“, so Gabbert. Er verwies darauf, dass viele bürokratische Regelungen nicht auf Ideen der Politik zurückgingen, sondern auf Gerichtsurteile. Als Beispiel nannte er das Urteil des Verwaltungsgerichtshofs zur finanziellen Beteiligung von Nachbargemeinden bei der Sanierung von Schulen. Derzeit würden viele fordern, dass das Land hierzu eine Regelung erlässt. Gabbert dagegen meint, das sollten besser die Kommunen unter sich direkt regeln. „Denn das verspreche ich Ihnen: Wenn das Land das regelt, wird es hinterher wieder Beschwerden über praxisferne Vorschriften geben.“

Auch die viel gescholtene Bürokratie beim Bau zeige sich bei genauerem Hinsehen vielschichtiger. „Das, was mich als Bauherr an Vorschriften nervt, ist mir als betroffener Nachbar dann unter Umständen besonders wichtig“, so Gabbert. Aus der Runde der Zuhörer kamen zu dem Thema im Anschluss interessante Gedanken. Es seien weniger die Vorschriften, die Probleme machten, meinte ein Gast, sondern vielmehr die Furcht der Mitarbeiter in den Behörden, Ermessensspielräume nach dem gesunden Menschenverstand zu nutzen. Ins gleiche Horn stieß auch der Ehrenvorsitzende der hiesigen Wirtschaftsrats-Sektion, Hans Joachim Friedrichkeit: „Lassen Sie zu, dass Ihre Mitarbeiter auch mal Fehler machen können. Und stehen Sie hinter ihnen“, wandte er sich an den Regierungspräsidenten.

Der skizzierte als eine der großen Herausforderungen die Schulpolitik – vor allem die Versorgung mit Lehrern. Die Rückkehr zu G9 – mit gutem Recht von der Bevölkerung so gewollt – werde viele Ressourcen speziell für die Gymnasien binden, dabei sei gerade die Lehrerversorgung in den Real-, Werkreal- und Grundschulen besonders angespannt. Eine weitere große Baustelle sei die Gesundheitsversorgung, so Gabbert. „Hier ändert sich grad' so ziemlich alles. Nur

an ein, zwei Rädchen zu drehen, wird die Probleme nicht lösen.“

Beim anschließenden geselligen Teil des Abends präsentierte Hausherr Markus Büchin den Gästen eine Auswahl von Tropfen aus dem Repertoire seines Weinguts. Keine Frage, dass er als guter Gastgeber dafür sorgte, dass die Gläser bei dieser Gelegenheit immer halb voll waren – mindestens.

Alexander Huber